

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
201 · Ausgabe BE · August 2022

SP

Mehr Verantwortung, mehr Demokratie



Am 25. September stimmen wir im Kanton Bern über Stimmrechtsalter 16 ab. Jugendliche sollen das aktive Stimm- und Wahlrecht erhalten. 16- und 17-Jährige übernehmen so mehr Verantwortung und wir alle erhalten mehr Demokratie.



Karin Fisli, Grossrätin und
Fraktionsvizepräsidentin

Stimmrechtsalter 16 – der Titel sagt eigentlich schon alles. Jugendliche sollen das aktive Stimm- und Wahlrecht erhalten. Sie sollen wählen und abstimmen dürfen. Das passive Wahlrecht soll weiterhin ab 18 Jahren gelten. Vor über zehn Jahren hat unsere Nationalrätin Nadine Masshardt, noch als Grossrätin, schon mal einen Vorstoss für Stimmrechtsalter 16 eingereicht und im Grossen Rat eine Mehrheit gefunden. Im Jahr 2009 gelangte die Vorlage zur Abstimmung. Das Berner Stimmvolk lehnte sie damals aber klar ab.

Jetzt kommt eine ähnliche Vorlage vor das Volk. Gerne hätte die SP-JUSO-Fraktion bei dieser Gelegenheit das Stimmrecht noch weiter ausgebaut – auf Menschen ohne Schweizer Pass. Das hätte jedoch die ganze Vorlage gefährdet. Deshalb wurden die entsprechenden Anträge wieder zurückgezogen, so dass nun ausschliesslich über Stimmrechtsalter 16

entschieden wird. Zwar hat der Berner Regierungsrat eine ablehnende Haltung, aber der Grosse Rat stimmte der jetzigen Vorlage deutlich zu. Nein stimmten nur die SVP und die EDU sowie Teile der FDP.

Auch auf Bundesebene ist das Thema aktuell. So wurde eine parlamentarische Initiative zum Thema eingereicht, welche durch den Nationalrat und die staatspolitische Kommission des Ständerats unterstützt wird. Die Vorlage wird nun ausgearbeitet. Auch in anderen Kantonen sind ähnliche Bestrebungen im Gange. Der Kanton Glarus kennt das Stimmrechtsalter 16 schon seit 2007.

Argumente für Stimmrechtsalter 16

Für eine Senkung des Stimmrechtsalters zu Gunsten der 16- und 17-Jährigen sprechen insbesondere die drei folgenden Argumente:

► Verantwortung übernehmen

Nur wer mitbestimmen kann, übernimmt gesellschaftliche Verantwortung, wird mit den politischen Regeln vertraut und denkt in der Gesellschaft mit. Mit Stimmrechtsalter 16 motivieren wir Jugendliche, politische Verantwortung zu übernehmen.

► Junge Menschen einbinden

Junge Menschen sind politisch aktiv: Alle Jungparteien verzeichnen Zuwachs, sammeln Unterschriften und machen auf ihre Anliegen aufmerksam. Mit Stimmrechtsalter 16 geben wir diesen Jugendlichen auch eine politische Stimme.

► Politische Bildung fördern

Politische Bildung ist wichtig, damit wir uns unserer Rechte und Verantwortung bewusst sind und am politischen Leben teilhaben können. Mit Stimmrechtsalter 16 stärken wir die Kompetenzen von Jugendlichen für die politische Partizipation.

Gemeinsam mit allen befürwortenden Parteien und deren Jungparteien haben die SP und die JUSO ein Pro-Komitee gegründet. Trotz der breiten Unterstützung wird die Vorlage keinen einfachen Stand haben. Erst im vergangenen Mai wurde ein ähnliches Begehren im Kanton Zürich an der Urne abgelehnt. Es braucht deshalb das Engagement von uns allen im Abstimmungskampf, sei es mit einer Standaktion, mit einem Inserat oder auf Social Media.

Das Pro-Komitee hat entsprechende Visuals erarbeitet. Diese können beim Sekretariat unter sekretariat@spbe.ch bezogen werden.



Die AHV 21

Wieder einmal sind wir am 25. September aufgerufen, zu einer AHV-Vorlage Stellung zu nehmen.

Die AHV hat seit ihren Anfängen wesentliche Merkmale, die sie zu unserem wertvollsten Sozialwerk machen: Es gilt das Prinzip, dass, im Unterschied zu den Steuern, auf dem gesamten Lohn, ohne Abzüge und Ausnahmen, eine prozentuale Abgabe geschuldet ist. Bei den Renten hingegen gibt es einen Deckel, die Maximalrente. Es erhalten jedoch alle eine Rente, auch die, die sie eigentlich nicht benötigen. Damit ist die AHV das einzige Umverteilungsinstrument, das wir in der Schweiz kennen. Hohe Löhne subventionieren die Renten der Kleinverdiener überproportional, was von Anfang an so gewollt war. Der Millionär braucht die AHV nicht, aber die AHV braucht die Millionäre. Der Ausspruch stammt von Hanspeter Tschudi, der das Sozialwerk entscheidend mitprägte, und er ist immer noch wahr.

Die AHV hat sich als ein äusserst resilientes Sozialwerk erwiesen. Sie ist immer mit der Wirtschaft mitgewachsen und hat sich den neuen Gegebenheiten dynamisch anpassen können. Dank der Umlagerregelung – das eingezahlte Geld der aktiven Generation finan-

ziert die Renten der Pensionierten – funktioniert das Werk mit erstaunlich wenig Bürokratie. Die grossen Produktivitätsfortschritte der letzten Jahre in der Wirtschaft haben immer wieder dafür gesorgt, dass die oft prognostizierten Löcher in der Finanzierung kleiner ausfielen oder gar ganz ausblieben. Trotzdem ist unbestritten, dass es eigentlich einen grösseren Umbau der AHV bräuchte, um diese langfristig zu sichern. Die letzte grosse Reform ist bereits vor 25 Jahren erfolgt. Immerhin hat man immer wieder kleinere Anpassungsschritte vornehmen können: so gelang es mit der STAF-Vorlage von 2019, der AHV jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich zuzuführen und so für die anstehende Reform das Zeitfenster etwas zu erweitern.

Die Vorlage ist eine Zumutung

Es ist wie bei einem grossen Bahnhof: Das Bauwerk ist niemals fertig gebaut. Immer wieder muss man sich fragen, ob die Basis des Werks auch in Zukunft noch taugt. Diese Überlegungen hat man sich bestimmt in den Räten gemacht. Aber das, was jetzt zur Abstimmung

vorgelegt wird, ist eine Zumutung. Es sind die Frauen, die die Verschlechterungen im Rentensystem praktisch allein finanzieren müssen. Mattea Meyer hat vorgerechnet, dass die Frauen für die Erhöhung des Rentenalters satte 26 000 Franken draufzahlen dürfen, indem sie ein Jahr länger arbeiten. Zudem soll ein weiterer Finanzierungsschritt mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer, anstatt mit zusätzlichen Lohnprozenten gemacht werden. Lohnprozentente wären aber deutlich sozialer, weil dabei neben den Lohnempfänger:innen auch die Arbeitgeber einen Beitrag in der gleichen Höhe leisten würden. Die Mehrwertsteuer schröpft bekanntlich in erster Linie die Konsument:innen.

Ideen, wie man die AHV weiterentwickeln könnte, gibt es viele. Vielleicht müsste man wieder einmal über eine Erbschaftssteuer nachdenken. Eine sinnvolle Vorlage, die grosse Erbschaften in Bezug auf die Allgemeinheit in die Pflicht nähme, wäre sicher auch mehrheitsfähig.

Fazit: Wir lehnen die zu kurz gedachte Abbau-reform ab, sind aber weiter offen für besser durchdachte Ideen.

Paul Bayard, Stadtrat und Rentner Langenthal

Landfrass stoppen – Keine Steuergelder verlochen !



**Doppel-Referendum
Jetzt unterzeichnen**

Nein zu den Mega-Strassen

Wenn es um die Verankerung unverbindlicher Buchstaben in der Verfassung geht, herrscht Einigkeit. Mit dieser ist es zu Ende, wenn es konkret wird. Der Grosse Rat hat wider besseres Wissen und trotz Klimaartikel in der Verfassung zwei immense Strassenbaukredite bewilligt.

Die bürgerliche Mehrheit hat in der Junisession mehr als 600 Millionen Franken für zwei Mega-Strassen-Projekte gesprochen. Das ist zynisch in Anbetracht der Klimakrise.

Warum unterstützt die SP das Referendum?

1. Probleme auf den Strassen müssen mit schnell umsetzbaren Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz behoben werden.
2. Es ist der falsche Moment, teure Umfahrungsstrassen zu bauen, welche zu Mehrverkehr führen.
3. Allein der Bau dieser teuren Infrastruktur verursacht enorme Mengen CO₂.
4. Bis zur Vollendung dieser Mega-Projekte wartet die Bevölkerung nochmals 10 bis 15 Jahre, bis die akuten Verkehrsprobleme gelöst sind.

5. Neben den hohen Investitionskosten entstehen bei Brücken und Tunnels zudem hohe Unterhaltskosten.
6. Der Kanton muss jetzt prioritär eine ÖV-Offensive starten und die bestehende Infrastruktur unterhalten.

Das Geld kann bekanntlich nur einmal ausgegeben werden. Massnahmen zugunsten sicherer Velostrecken, des öffentlichen Verkehrs oder des Unterhalts der bestehenden Strasseninfrastruktur sind wichtiger und kommen vor dem Neubau von Strassen. Luxus-Infrastrukturneubauten können wir uns im Moment nicht leisten. Es ist bekannt, dass beim Unterhalt der bestehenden Infrastruktur ein grosser Nachholbedarf besteht; aber Zahlen wurden bis anhin (absichtlich?) nicht öffentlich kommuniziert.

Aarwangen

Geplant ist eine neue Umfahrungsstrasse durch eine unberührte Landschaftskammer, welche einen Tunnel und eine Brücke über die Aare beinhaltet. In Aarwangen kommt es zu vielen Unfällen. Deshalb muss umgehend gehandelt werden. Es gibt viele Gemeinden, welche ähnliche oder höhere Unfallzahlen haben. Für alle Gemeinden müssen schnell Lösungen gefunden werden.

Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz sind zielführender. Tiefere Fahrtempi zum Beispiel verringern die Unfallgefahr massiv. Tempo 30 innerorts auf stark befahrenen Kantonsstrassen wäre somit die einfachste Lösung! Verkehrsmanagementsysteme oder Unter-/Überführungen an gefährlichen Stellen sind weitere Möglichkeiten. Statt Mega-Projekten fordern wir die umgehende Umsetzung der geplanten Massnahmen auf der Ortsdurchfahrt.

Im 2016 wurden für das Projekt Aarwangen Gesamtkosten von rund CHF 136 Mio. veranschlagt. Nun kostet es CHF 60 Mio. mehr! Eine neue Strasse durch eine unberührte Geländekammer, die nur zu einer Verlagerung und zu keiner Verminderung des Verkehrs führt, widerspricht klar der Mobilitätsstrategie des Kantons!

Burgdorf/Oberburg/Hasle

Ein teures Strassenbauprojekt der Sonderklasse: CHF 280 Mio. für einen 1,1 km langen Tunnel zur Umfahrung von Oberburg. Dieser Tunnel führt zudem durch einen Grundwasserstrom, mit unbekanntem Folgen für die Wasserversorgung! Der Tunnel bringt zwar Oberburg einen verkehrsberuhigten Dorfkern, führt aber zu Mehrverkehr in Burgdorf. Wir fordern deshalb: Alle schnell umsetzbaren Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz, die zur Verminderung der Staus führen, sind sofort umzusetzen, insbesondere die Unterführungen von Bahnlinien und die Priorisierung des ÖV sowie die Massnahmen für die Velofahrenden. Mit teuren Umfahrungen ist zuzuwarten, bis klar ist, welche Wirkung diese Massnahmen zeigen! Gesamtkosten von insgesamt CHF 430 Mio. für ein paar Minuten Zeitgewinn von Hasle bis Ausgangs Burgdorf, das ist alles andere als ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis!

**Mehr Infos auf der Kampagnen-Webseite
Berner Megastrassen stoppen | Doppel-
Referendum jetzt unterschreiben
(megastrassen-stoppen.ch).**

JUSOS ALS DOPPELMITGLIEDER GEWINNEN

Eine gute Möglichkeit für SP-Sektionen, junge Mitglieder zu gewinnen, sind JUSOs. Was viele nicht wissen: Für JUSOs ist bis 26 die Doppelmitgliedschaft in der SP auf Antrag gratis. Sprecht potenzielle Interessentinnen und Interessenten auf das Angebot an!

Mehr Infos zum Vorgehen unter www.juso.ch/doppelmitgliedschaft

UNSER DANKESCHÖN

SP

Als Dankeschön für Ihren Solidaritätsbeitrag erhalten Mitglieder und SympathisantInnen bei verschiedenen Angeboten Vergünstigungen. Unter anderem profitieren sie von freien Eintritten für unterschiedliche Kulturangebote, Vergünstigungen beim Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) oder für Weiterbildungen (nur SP-Mitglieder) bei Movendo.

Eine Übersicht gibt es unter www.spbe/partei/beitreten

AGENDA 2022

- **Mittwoch, 31. August** Parteitag in Bern
- **Sonntag, 25. September** Abstimmungen

- **Mittwoch, 2. November** Parteitag in Bern
- **Am 27. November finden keine Abstimmungen statt.**

Apropos

Die SVP will einen Strom-General. Ich hätte Zeit – und die passenden Abzeichen praktischerweise auch: Als Übermittler schmückten mich goldige Blitzchen am Uniform-Kragen. «You dreamer, du!», würde Martullo sagen: «You will never be General Electric». Hätte ich bloss meine Militärkarriere nicht auf dem Höhepunkt – als Soldat – beendet! Aber laut Aeschi ist der Job eh vergeben: BRUM muss ran, ob «Luscht» oder nicht. Aber vielleicht hätte ja Blocher himself Fiduz, das Ämtli als Niederspannungs-Guisan zu übernehmen.

Apropos BRUM: Die SVP kämpft auch für billigen Sprit. Das Volk braucht einen Benzin-Tell für den Befreiungskampf gegen Simonettas Öko-Diktatur, einen motorisierten Winkelried, der – auf seinem SUV gegen die plündernden rot-grünen Cargo-Velo-Horden reitend – alle FSC-Bio-Speeere heldenhaft auf seinen Kühlergrill nimmt und den seinen eine Autobahn macht. Gefühlt ebenfalls von 1368 sind andere SVP-Ideen: Neue

Rote Feder



«Mini-AKW» zum Beispiel. Man spaltet halt gern. Im Einfamilienhaus-Garten soll das Trampolin dem Reaktor weichen – und zwar jetzt! Der angebliche Chef Chiesa drückt aufs Gas: «wertvolle Zeit» gehe verloren.

Apropos verlorene Zeit: Welche Partei stemmt sich dagegen, die Abhängigkeit von fossiler Energie zu reduzieren? Suchte die SVP statt eines Strom-Generals einen Öl-Scheich, stünde Swissoil-Rösti in der Pole Position (um im Auto-Slang zu bleiben). Während die SVP warme Luft und gehörig Wind produziert, so dass man damit unzählige Windräder betreiben und locker ein AKW sparen könnte, geht wertvolle Zeit verloren, um etwas fürs Klima zu tun. Aber hey: Scheiss aufs Klima, Hauptsache, das Geschäft läuft prima.

Stefan Krattiger, Präsident SP Aegerten und ehemaliger Gemeindepräsident

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern